

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 65. Ratssitzung vom 25. September 2019

1714. 2018/465

Postulat von Markus Kunz (Grüne), Michael Kraft (SP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 28.11.2018:

Bericht zur Reduktion der CO₂-Emissionen und zur Realisierung eines CO₂-freien Energiemix der städtischen Betreiber von Fernwärmenetzen und Energieverbunden

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Markus Kunz (Grüne)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 632/2018): Das vorliegende Postulat kümmert sich um die dringend notwendige Dekarbonisierung der Stadt Zürich. Das Ziel «Netto Null» unserer Motion GR Nr. 2019/106 erlaubt keine oder lediglich geringe CO₂-Emissionen. Während wir bei den ersten vier Vorstössen darüber sprachen, wie wir die Stromversorgung verstärkt auf erneuerbare Energieträger umstellen können, geht es jetzt um Wärme. Der Energieplan der Stadt zeigt, dass die Abwärmenutzung mittels verschiedener Technologien die Zukunft der Zürcher Wärme- und ausserdem auch Kälteversorgung sein wird. Das ist nicht neu. Die kantonale Energieplanung postuliert bereits seit Jahrzehnten eine Rangordnung bei der Energienutzung, nach der die Abwärme zuerst zu nutzen sei. Dabei kann es sich um Hochtemperatur-Abwärme handeln wie die einer Kehrlichtverwertungsanlage (KVA). Es kann und wird sich auch zunehmend um eine Tieftemperatur-Abwärme handeln wie die aus dem Abwasser aus grossen Rechenzentren oder aber aus dem See. Der Zürichsee alleine hat bekanntlich das Potenzial, die gesamte Stadt mit Wärme und Kälte zu versorgen. Technisch ist das jedoch sehr aufwändig und viel zu teuer. Die städtische Fernwärmeversorgung und die Energieverbunde des ewz werden gemäss den städtischen Vorgaben weitgehend mit Abwärme und erneuerbaren Energien betrieben – nur weitgehend und nicht ausschliesslich. Für die Spitzen im Winter kommt zusätzlich ein Anteil fossiler Energie zum Einsatz. Das ist das eine und kleinere Anliegen, das wir mit dem Vorstoss verfolgen. In Anbetracht der städtischen Ziele zur Reduktion der CO₂-Emissionen soll dieser restliche Anteil an fossilen Energien vollständig mit erneuerbaren Energien ersetzt werden. Zugegebenermassen handelt es sich beinahe um dieselbe Zielsetzung wie im Postulat GR Nr. 2018/136, das vor knapp einem Jahr im Rat überwiesen wurde. Gemäss der damaligen Auskunft von STR Richard Wolff ist der Ersatz «durchaus machbar» beispielsweise durch vermehrte Holz- oder Biogasnutzung. Auch wenn noch kein Jahr vergangen ist: Die Entwicklung ist bereits weiter fortgeschritten und die Zielsetzung hat sich verschärft. Die zulässigen CO₂-Emissionen wurden auf null reduziert. Es spielt keine Rolle, ob das Ziel auf das Jahr 2030 oder 2050 gesetzt wird, inhaltlich bleibt es das selbe Ziel. Die technologische und ökonomische Machbarkeit muss ohnehin geklärt werden. Wir machen das lieber sofort, weil die Zeit drängt. In Anbetracht der Investitionszyklen, die innerhalb der Haustechnik herrschen, ist es von grösster Wichtigkeit,*

dass frühzeitig Konzepte und Strategien erstellt werden, wie eine CO₂-freie Versorgung erreicht werden kann. Im Hinblick darauf, dass sich die gesamte Versorgung auf dem Rückzug befindet und wir die bisherigen Gasheizungen kurz- oder mittelfristig durch andere Wärmeversorgungssysteme ersetzen werden, ist eine CO₂-freie Abwärmenutzung von grösster Wichtigkeit und Dringlichkeit. Für uns hat die Emissionsproblematik die höchste Priorität. Die Wirtschaftlichkeit ist nur eine abhängige Grösse und muss im Rahmen der «Netto Null»-Bemühungen neu angegangen und berechnet werden. Die fossile Wirtschaft lebte mehr als hundert Jahre lang davon, dass sie von der öffentlichen Hand massiv subventioniert wurde. Die Theorie des freien Marktes wurde gewissermassen ad absurdum geführt. Gemäss Schätzungen der ETH Zürich handelt es sich um Beträge, und zwar nur für fossile Brennstoffe, von weltweit 300 bis 500 Milliarden bis hin zu 5 Billionen US-Dollar pro Jahr. Diese Zahlen basieren auf Schätzungen der Internationalen Energieagentur und des Internationalen Währungsfonds – meines Wissens keine grünen Organisationen. Der Skandal hinter diesem Skandal liegt darin, dass uns seit Jahrzehnten immer wieder die Energieversorgung mit fossilen Energieträgern als Referenzgrösse genüsslich unter die Nase gerieben wird. Die Fernwärmeversorgung mag mit diesem Postulat verteuert werden. Wie teuer jedoch eine Ölheizung ohne staatliche Subventionen wäre, das will ich gar nicht erst wissen. Noch nicht erwähnte ich, dass die Fossilen ihre versteckten Kosten nicht tragen müssen – allem voran die Folgekosten des Klimawandels. Darum kann ich nicht nachvollziehen, wenn Gas- oder Ölpreise als Referenzkosten beigezogen werden. Auf diese Lüge ist im Zuge des «Netto Null»-Ziels zu verzichten. Dann werden Handlungsspielräume frei. Unabhängig davon, ob der Umbau auf eine fossilfreie Wärmezeugung mit Geldmitteln vorangetrieben werden kann oder ob wir endlich zu einer ehrlichen postfossilen Ökonomie übergehen können: Wir werden auf jeden Fall gewinnen. In diesem Sinne ist auch die abschliessende Forderung in unserem Postulat gemeint, wonach aufzuzeigen ist, wie den Kundinnen und Kunden des städtischen Fernwärmenetzes und der Energieverbunde bereits heute oder so schnell wie möglich ein vollständig CO₂-freies Produkt angeboten werden kann. Damit treffen wir auch den Sinn der Motion GR Nr. 2019/211. Je schneller wir allen Heizungsbesitzerinnen und Heizungsbesitzern ein fossilfreies Angebot machen können, desto schneller wird der Umbau auf eine dekarbonisierte Wärmeversorgung Realität. Es liegt an uns, Ausreden gelten nicht.

Dubravko Sinovcic (SVP) begründet den von Peter Schick (SVP) namens der SVP-Fraktion am 19. Dezember 2018 gestellten Ablehnungsantrag: Das Postulat fordert einen Bericht. Ein Bericht ist etwas Gutes, er liefert Informationen, auch kann er zeigen, wenn etwas nicht gut funktioniert. Ein Bericht schadet niemandem; der Bericht könnte etwa aussagen, dass die Forderungen nicht umsetzbar sind. Ein Bericht, dessen Resultat längst bekannt ist, ist ein unnötiger Bericht. Wir sollten die Stadtverwaltung nicht mit Berichten beschäftigen, von denen wir das Resultat bereits kennen. Um mit der Fernwärme CO₂-neutral zu sein, braucht es einen neuen Energieträger zur Deckung der Spitzenlast. Momentan ist das vor allem Erdgas. Eine Alternative wäre wie erwähnt beispielsweise Biogas. Weitere Möglichkeiten wären Methan, Wasserstoff und Weiteres. Die vielen Ideen haben jedoch alle einen grossen Schwachpunkt: Auf absehbare Zeit sind sie entweder nicht marktreif, sie können nicht CO₂-neutral erzeugt werden oder der

Energieträger ist nicht verfügbar. Das trifft auf das Biogas zu. Auch wenn eine stadtflächendeckende Bio-Abfallsammlung eingeführt wird und auch wenn Bioabfall aus halb Europa importiert wird, wird nicht genügend Biogas vorhanden sein, um die gesamte Stadt mittels Fernwärme auch während der Spitzenlast CO₂-neutral abzudecken. Ein Import ist ökologisch nicht sinnvoll, wenn wir beispielsweise das Biogas aus Deutschland beziehen und dort darum CO₂ ausgestossen wird. Mich erstaunt, dass das Postulat nicht zurückgezogen wurde. Die beiden Postulanten sind Mitglieder der Spezialkommission Tiefbau- und Entsorgungsdepartement/Departement der Industriellen Betriebe (SK TED/DIB), in der wir gestern einen Bericht zu diesem Postulat erhielten: Wir hörten wie es aussieht, wie der Fahrplan und die Alternativen aussehen, was getan werden muss, um den Fahrplan zu beschleunigen, was realistisch ist und was nicht. Das Postulat sollte darum zurückgezogen und konkrete Forderungen gestellt werden. Auch sollte ein realistisches Preisschild vermerkt werden, damit der Stimmbürger erfährt, wie hoch die Kosten sein werden. Ansonsten wird die Fernwärme unnötig verteuert und bezahlen müssen das am Ende die Vermieter und der kleine Mann, die kleine Frau.

Weitere Wortmeldungen:

Roger Tognella (FDP) stellt folgenden Textänderungsantrag: *Tatsächlich wurde uns gestern in der SK TED/DIB vorgestellt, was es bedeutet, wenn die fossilen Energieträger mit anderen Energieträgern ersetzt werden. Dass ein Ersatz gesucht und ausgeführt wird, ist bei der FDP unbestritten. Der Vorstoss ist jedoch nicht vollständig. Darum wollen wir den Text ergänzen: Wir wollen wissen, welche Kosten auf uns zukommen. Das hat ein Realismus-Bezug. Wir wollen wissen, ob wir das bis ins Jahr 2030 oder 2050 erreichen können. Für mich persönlich ist das nicht sehr wichtig. Die Hauptsache ist, dass wir mit der Dekarbonisierung den richtigen Absenkpfad begehen. Die Kosten sind relevant, wenn etwas entschieden werden soll. Dass ein Bericht gefordert wird, halte ich für richtig; gestern blieb es bei einer Folie, die nicht sehr in die Tiefe ging. Der Bericht sollte darum auch die Kostenwahrheit und den Kosten-Nutzen-Effekt aufzeigen.*

Guido Hüni (GLP): *In der Kommission sprachen wir über dieses Thema bereits mehrmals. Was wir aber in der entsprechenden Tiefe noch nicht besprochen, ist die konkrete Auswirkung. Darum sind wir der Textänderung der FDP gegenüber positiv eingestellt. Nicht nur die Machbarkeit, sondern auch die Kosten und der Umsetzungsplan sollten im Bericht reflektiert werden. Er ist sinnvoll, weil wir die Angelegenheit aktuell auf einem sehr hohen Fluglevel besprechen. Für die zukünftigen Massnahmen, auch um die richtigen Rahmenbedingungen zu stellen, brauchen wir mehr Informationen.*

Matthias Probst (Grüne): *Der Sinn eines Berichts ist selbstverständlich, dass man das Resultat im Voraus noch nicht kennt. Wenn wir bereits wüssten, was getan werden muss und auf welche Technologien wir setzen müssen, um das Fernwärmenetz vollständig erneuerbar anzubieten, hätten wir eine Motion mit dem entsprechenden Preisschild eingereicht und den Umbau bereits heute eingeleitet. Leider ist noch nicht bekannt, mit welchen Technologien das erfolgen soll. Darum handelt es sich bei diesem Bericht um einen Forschungsauftrag. Ersichtlich ist allerdings bereits, dass auf die Kostenreferenz zum Ölpreis verzichtet werden muss. Sie macht überhaupt keinen Sinn; der*

Ölpreis wird immer mehr zu einem künstlichen Konstrukt eines massiv staatlich subventionierten Rohstoffs, von dem wir hoffentlich langsam wegkommen. Wir sind sicher, dass wir unsere Fernwärme langfristig umbauen müssen. Dass dieser Auftrag entgegengenommen werden muss, ist völlig klar. Die Frage ist nur, bis wann wir das erreichen können. Wir sind der Ansicht, dass die Geschwindigkeit, die uns gestern in der Kommission präsentiert wurde, nicht die richtige ist. Wir setzen eine Tempomarkte. Das Jahr 2030 ist das Ziel, an dem wir «Netto Null» erreichen wollen. Wir sind zuversichtlich, dass das theoretisch bei der Fernwärme machbar ist. Die Fragen, was wir zusammenziehen sowie wo und zu welchem Zeitpunkt wir investieren, bleiben noch offen. Bis wann wir «Netto Null» erreichen, ist schliesslich nicht die relevante Frage. Global relevant ist, wieviel noch emittiert wird, bis wir «Netto Null» erreichen. Der Absenkpfad – wie schnell wir reduzieren und auf die fossilen Energieträger verzichten können – ist die relevante Grösse. Darum ist es wichtig, dass das Parlament die entsprechenden Aufträge stellt, um die Beschleunigung zu erreichen.

Michael Kraft (SP) ist mit der Textänderung einverstanden: Die Wärme- und Kälteproduktion ist ein weiteres Feld, in dem die Stadt über grosse Möglichkeiten verfügt. Gleichzeitig kann darin eine deutliche CO₂-Reduktion in Aussicht gestellt werden. Die Fernwärme und der Ausbau der Fernwärmenetzes sind wichtige Bestandteile. Das Ganze nützt jedoch lediglich halb so viel, wenn insbesondere während den Spitzenmonaten im Winter mit fossilen Energien nachgeheizt wird. Über das gesamte Jahr hinweg sind es 20 bis 25 Prozent der Wärme, die von Entsorgung + Recycling Zürich produziert werden und heute aus Gas und Öl bestehen. Im Januar sind es sogar 40 Prozent, während in den heissen Sommermonaten die Energie, die durch die Abfallverbrennung hergestellt wird, lediglich zu einem Drittel genutzt wird. Mit der Stilllegung des Heizkraftwerks Josefstrasse wird der Anteil der CO₂-neutralen Energie zwischenzeitlich verringert, bevor die dritte Verbrennungslinie im Kehrichtheizkraftwerk Hagenholz eröffnet wird. Das zeigt, wie die Zeit für konkrete Lösungen für die Steigerung des CO₂-neutralen Anteils drängt. Wenn wir unserer Verantwortung nachkommen wollen, muss der fossile Anteil so bald wie möglich reduziert werden. Der verlangte Bericht soll das «Wie» aufzeigen: Wie kann das so rasch wie möglich erfolgen. Die gestrige Darstellung in zwei Slides war sehr spannend. Aber das «Wie» wurde nur am Rand gestreift. Unserer Orientierungspunkt ist das Jahr 2030 – nicht erst 2040 oder 2050. Wie der Pfad dahin aussieht, was notwendig ist, welche Investitionen getätigt werden müssen und welches die passenden Speichermöglichkeiten sind, soll beantwortet werden. Die Frage nach den Kosten, wie sie die Textänderung verlangt, ist meiner Meinung nach bereits implizit vorhanden. Wir stellen uns dem jedoch nicht entgegen und nehmen die Ergänzung der FDP gerne an.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Michael Baumer: Bereits bei der Solarenergie wiesen wir darauf hin, dass wir bereits viele Massnahmen in der Vergangenheit ergriffen. Auch bei der Fernwärme und den Nahverbunden ist der Stadtrat gewillt, den Ausbau voranzutreiben. Im letzten Jahr wurden vom Volk Kredite in der Höhe von 450 Millionen Franken bereits bewilligt. Wei-

5 / 5

tere Kredite werden beantragt, wenn wir die Fernwärme und die Nahverbunde ausbauen wollen. Auch ist ein Rahmenkredit für die Energiedienstleistungen des ewz vorhanden; rund 115 Millionen Franken wurden bisher bewilligt. Wir sind dabei, in die Energieverbunde zu investieren. Der Energieverbund Altstetten-Höngg ist das neuste Beispiel. Bei diesem Postulat handelt es sich meiner Erinnerung nach um ein Überbleibsel aus der Diskussion um den Energieverbund Altstetten-Höngg. Eine Frage war, wie wir die Spitzenlast abdecken werden. Diese Problematik gilt für alle leitungsgebundenen Wärmenetze. Die Zielsetzung ist Teil der Energieplanung. Für Altstetten-Höngg ist geplant, dass einzelne Kunden 100 Prozent wünschen können. Das ist mit Zertifikaten leicht möglich. Selbstverständlich reichen Zertifikate nicht vollständig aus. Darum erteilten wir den Auftrag an die Energieunternehmen, das Konzept für die Möglichkeit einer Umsetzung zu erstellen. Die möglichen Lösungen sind überschaubar. Nebst den Zertifikaten gibt es die Möglichkeiten, Holz oder synthetische Gase zu verwenden. Die Energieunternehmen müssen Stellung dazu nehmen, wie ein solches Konzept aussehen sollte. Zur Befürchtung von Dubravko Sinovcic (SVP), dass wir über zu wenig Biogas verfügen: In der Schweiz brauchen wir weniger als die Stadt Hamburg. In einen Engpass werden wir so gesehen kaum laufen. Die Wärmegewinnung sollte jedoch möglichst vor Ort erfolgen. Darum sind wohl Holz oder synthetisches Gas die naheliegenderen Varianten. Der Stadtrat nimmt das Postulat auch entgegen, weil wir diesen Auftrag bereits erteilten.

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird aufgefordert in einem Bericht darzulegen, wie die städtischen Betreiber von Fernwärmenetzen und Energieverbunden mittelfristig einen 100-prozentig CO₂-freien Energiemix anbieten können und wie sie zweitens den fossilen Anteil im Energiemix umgehend zu reduzieren beginnen. Der Bericht soll zudem aufzeigen, wie und zu welchen Kosten den Kundinnen und Kunden der städtischen Fernwärmenetze und Energieverbunde schon heute ein vollständig CO₂-freies Produkt angeboten werden kann.

Das geänderte Postulat wird mit 105 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat